CDU

NEWSLETTER
REINHOLD HILBERS, MDL

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Land steht vor gewaltigen Herausforderungen. Die nicht abbrechenden Flüchtlingsstörme aus Syrien und dem Irak verlangen uns allen das Maximum ab. Wir müssen gemeinsam die Ärmel hochkrempeln und den Menschen in Not helfen. Das sage ich aus Überzeugung. Als Christen ist es unsere Pflicht für die Hilfsbedürftigen da zu sein – in einem starken Land wie Deutschland gilt das umso mehr.

Ich bin zutiefst beeindruckt von den Bildern der letzten Wochen. Die vielen ehrenamtlichen Helfer zeigen gemeinsam mit den hauptamtlichen Mitarbeitern der vielen eingebundenen Organisationen, dass wir Menschen in Not mit offenen Armen empfangen.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie in dem mit diesem Newsletter versendeten Flyer.

Auch wenn die Flüchtlingskrise der Politik diesen Sommer keine Verschnaufpause gegönnt hat, habe ich dennoch meine alljährliche Sommertour angetreten, von der ich Ihnen in diesem umfangreichen Newsletter ebenfalls berichten möchte.

Auf Ihre Anregungen, Rückmeldungen und Ideen freue ich mich. Zögern Sie also bitte nicht, mich anzusprechen.

Herzliche Grüße

Ihr Reinhold Hilbers

Ministerin von Lohner IT-Unternehmen begeistert

Bundesministerin Johanna Wanka wird von Reinhold Hilbers und Albert Stegemann begrüßt

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung Frau Prof. Dr. Johanna Wanka hat das Lohner IT-Unternehmen Landwehr am besucht und sich mit Vertretern der Region über den Wissenschafts- und Technologietransfer zwischen Theorie und Praxis ausgetauscht.

Ministerin Wanka zeigte sich vom Unternehmen Landwehr sichtlich beeindruckt. Oliver Landwehr, der die IT-Schmiede als geschäftsführender Gesellschafter leitet, versteht das Unternehmen als Volldienstleister für seine Kunden. „Von der Beratung, über die Installation von Hard- und Software, bis hin zu umfassenden Serviceleistungen“, wie er betont. Um dies zu leisten, arbeiten derzeit 185 hochmotivierte Mitarbeiter. Im kommenden Jahr sollen es 200 sein, wenn die Betriebskindertagesstätte „Kids & Bytes“ sowie ein modernes Schulungs- und

V.I.S.D.P.: REINHOLD HILBERS, WAHLKREISBÜRO, BAHNHOFSTRASSE 21 A, 48529 NORDHORN, TELEFON: (0 59 21) 99 14 40

Tagungszentrum auf seinem Gelände westlich des West-Rings fertiggestellt sind.

Die gute Entwicklung des Unternehmens wäre laut Oliver Landwehr nicht ohne zufriedene Mitarbeiter möglich gewesen. Daher stehe die langfristige Verpflichtung gegenüber den Mitarbeitern im Zentrum der Unternehmensphilosophie. Die guten Mitarbeiter wolle man mit neue Angebote, wie der Kita, aber auch mit bestehenden Angebote, wie dem hauseigenen Fitnessstudio inklusive umfangreichem Betriebssportprogramm, weiter an sich binden und motivieren.

Im Gespräch betonte die Bundesministerin wie wichtig die duale Ausbildung ist, die auf gute Ausbildungsbetriebe und eine enge Verzahnung mit den Hochschulen angewiesen sei. Dann profitiert auch die mittelständische Wirtschaft von der Grundlagenforschung an Hochschulen.

Ländlicher Raum im Mittelpunkt der Sommertour

Gemeinsam mit der Grafschafter CDU wieder führte mich meine inzwischen traditionelle Sommertour einmal quer durch alle Teile der Grafschaft. Einen besonderen Schwerpunkt der Radtour bildete dieses Jahr der ländliche Raum mit seiner Attraktivität und seinen Entwicklungspotentialen. Es war wieder eine interessante Woche!

Wieder war ich eine Woche der Fietse unterwegs

Neben landwirtschaftlichen Betrieben, Gesprächen mit Bauern und Genossenschaften, standen Besuche in sozialen Einrichtungen, wie dem Integrationsbetrieb Mahlzeit der Lebenshilfe in Nordhorn oder dem Matthias-Stift in Wietmarschen im Mittelpunkt. Auch drei Kindertagesstätten durfte ich gemeinsam mit seinen Parteifreunden besuchen. Uns interessieren die verschiedenen Lebensbereiche der Menschen und die Herausforderungen vor Ort.

Auf dem landwirtschaftlichen Hof von Wilfried Segger in Uelsen

Während der Sommertour durfte ich erfahren, dass die Menschen im ländlichen Raum mit ihren Lebensumständen sehr zufrieden sind. Die Bevölkerung ist mit der Grafschaft stark verwurzelt, die Bindung an die Familie ist eng und die Wohneigentumsquote hoch. Ein großer Vorteil ländlicher Regionen wie der Grafschaft sind funktionierende Nachbarschaften und das gute Miteinander von Jung und Alt. Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe, Genossenschaften und andere vielfältige Formen bürgerschaftlichen Engagements haben in der Grafschaft eine lange Tradition.

Dennoch stehen die ländlichen Teile der Grafschaft ebenso vor großen Herausforderungen. Das gilt insbesondere für die landwirtschaftlichen Betriebe, die häufig das wirtschaftliche Rückgrat ländlicher

Bereiche der Grafschaft darstellen. Es ist wichtig, dass wir unseren Landwirten auch in Zukunft Entwicklungschancen offenhalten. Die Arbeit der Landwirte hat das Vertrauen und die Unterstützung der Menschen verdient. Weiterentwicklungen im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz können nur mit der Landwirtschaft zusammen erreicht werden. Die moderne Landwirtschaft der Zukunft muss auf den Weltmärkten konkurrenzfähig sein und gleichzeitig im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz den wachsenden Anforderungen der Gesellschaft gerecht werden und sich diesbezüglich weiterentwickeln.

Auch der Ausbau von Wirtschaftswegen und die weitere verkehrliche Entwicklung sind für den ländlichen Raum herausfordernd. Es ist bedauerlich, dass es jetzt weniger Förderung des Landes aus EU-Mitteln für Wirtschaftswege gibt. Hier tut Niedersachsen zu wenig. Leider können die Gemeinden in der Grafschaft die notwendigen Entwicklungen nicht allein schaffen.

Die Tour und die Besuche in Gewerbegebieten haben auch deutlich gemacht, dass die von der Landesregierung beabsichtigte Landesraumordnung Entwicklungsmöglichkeiten kleiner Gemeinden einschränken können. Die gewerbliche Entwicklung in unserer Region läuft gut, weil unsere Kommunen viele Freiheiten haben bisher. Es ist zu befürchten, dass diese Dynamik durch die geplanten Änderungen im Landesraumordnungsprogramm verloren geht.

Neben die schnell fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung in der Landwirtschaft tritt immer stärker der demografische Wandel. Er trifft den ländlichen Raum früher und härter als die städtischen Ballungsräume, die oft von Zuzug profitieren. Wir wollen, dass der ländliche Raum auch in Zukunft seinen Bewohnern eine gute Heimat ist. Die Menschen sollen dort auch morgen noch ein gutes und chancenreiches Leben führen können und die Potentiale der Regionen genutzt werden. Daher muss eine verkehrliche, soziale und digitale Infrastruktur geschaffen werden, die ins 21. Jahrhundert passt.

Wir müssen verhindern, dass die Grafschaft bei der digitalen Infrastruktur abgehängt wird und mehr in schnelles Internet investieren. Darum hat die Kreistagsfraktion sich dafür ausgesprochen, ein eigenes Förderprogramm für den Breitbandausbau im Landkreis aufzulegen. Auch verkehrliche Zukunftsprojekte standen auf dem Reiseplan. Einen großen Brocken stellt die Reaktivierung des Bahnverkehrs nach Nordhorn und Neuenhaus dar. Darum haben wir uns am Bahnhof in Bentheim ausgiebig über die dort geplanten Änderungen informiert. Der Bahnhof wird nun mit Landes- und Kreismittel deutlich aufgewertet.

In Bad Bentheim haben wir uns von Joachim Berends die Umbaupläne für den Bahnhof erläutern lassen

Auch die soziale Infrastruktur entwickelt sich in der Grafschaft dem steigenden Bedarf entsprechend. So habe ich mit der Grafschafter CDU in mehreren Gemeinden neue Kinderkrippen besuchen können und mich von der hervorragenden Arbeit, die vor Ort geleistet wird, überzeugen dürfen. Die Gemeinden stehen aber auch im Bereich der

Kinderbetreuung vor Herausforderungen. So muss bspw. die frühkindliche Bildung weiter ausgebaut werden. In allen Gemeinden hat sich gezeigt, dass die Investitionen in die Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung längst nicht erledigt sind.

Im ehemaligen Matthiasstift in Wietmarschen hat uns der Geschäftsführer Alfons Eling über die Neuausrichtung und die Umbaupläne informiert. Das Projekt muss zum Erfolg geführt werden. Darum werde ich mich für Landesmittel als Modellprojekt einsetzen. In Neuenhaus durften wir die Fläche der ehemaligen Förderschule des Landkreises besuchen: Hier soll im Umfeld eine neue Sporthalle entstehen.

Weite Teile der Grafschaft sind außerdem Natur- und Erholungsräume. Diese müssen wir schützen. Beispielhaft dafür ist die Schafschurstation im Naherholungsgebiet Lohner Sand. Die Schafe leisten in den Gebieten einen wichtigen Beitrag zum Naturschutz. Sie verhindern, dass sich beispielsweise die Traubenkirsche zu sehr ausbreitet und so die offene Landschaft zerstören. Finanziert wurde das Projekt zur Hälfte vom europäischen Förderprogramm LEADER für Regionalentwicklung. Vorstellbar ist, das Projekt im Rahmen der neuen LEADER-Runde um einen Schafstall zu ergänzen.

Sie sehen, die Woche war wieder einmal sehr abwechslungsreich. Ich freue mich schon darauf nächstes Jahr wieder mit vielen Menschen ins Gespräch zu kommen und spannende Projekte in der Grafschaft zu besuchen.

Rede zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016

Lesen Sie hier meine Rede im Niedersächsischen Landtag zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 im Wortlaut:

Die rot-grüne Landesregierung bringt heute den dritten ordentlichen Haushalt ein.

Der Haushaltsentwurf 2016 und die Mittelfristige Planung liegen uns jetzt seit gut einer Woche vor.

Ein Haushalt - das ist Ausdruck der Politik in Zahlen: Der Haushalt sollte eine Richtung, einen Kurs vorgeben, wohin Sie das Land entwickeln wollen. Wo bei uns noch modernisieren, investieren und konsolidieren deutlich erkennbar war, fehlt heute jeglicher Gestaltungsansatz. Sie verwalten das Land.

Bei einer Rede im Nds. Landtag

Mit diesem Haushaltsentwurf widerlegen Sie selbst ihre drei großen rot-grünen Märchen zur Haushalts- und Finanzpolitik der letzten Jahre:

2013 habe Rot-Grün eine marode Haushalts- und Finanzlage übernommen: Was haben Sie nach der Regierungsübernahme in den ersten Monaten alles über die Haushaltslage schwadroniert, da war von Kassensturz die Rede, riesigen Löchern im Haushalt 2013, fehlender Vorsorge für Tarifabschluss im öffentlichen Dienst und so weiter.

Fakt ist:

Im Jahr 2013 haben Sie insgesamt rund 440 Mio. Euro, also fast eine halbe Milliarde Euro im Haushalt umschichten können, ohne dass Sie die Neuverschuldung Euro erhöhen mussten:

- 120 Mio. Euro für Ihr Sondervermögen für Investitionen,
- 139 Mio. Euro Ausbuchung der Globalen Minderausgabe,
- 81 Mio. Euro Verzicht auf Vermögensveräußerungen,
- 70 Mio. Euro Besoldungserhöhung für Beamte und Versorgungsempfänger,
- 30 Mio. Euro Flutopferhilfe

Im Jahr 2014 haben Sie im Jahresabschluss nur noch ein strukturelles Defizit von 93 Mio. Euro ausweisen müssen, weil Sie riesige Zinseinsparungen hatten und die Steuereinnahmen besser liefen, als eingeplant - für beides können Sie gar nichts.

2015 können Sie aufgrund der immer weiter steigenden Steuereinnahmen sogar im ersten Nachtragshaushalt 2015 einen Rechenfehler der Kultusministerin bei der Finanzhilfe für Krippen in Höhe von 83 Mio. Euro mal locker ausbügeln und 13 Mio. Euro für 720 Gymnasiallehrer anteilig finanzieren. Insgesamt hatte Ihr 1. Nachtragshaushalt 2015 ein Volumen von 237 Mio. Euro.

Jetzt haben Sie zur Bewältigung der Flüchtlingskrise einen 2. Nachtrag mit einem Volumen von 300 Mio. Euro für 2015 angekündigt. Der Präsident des LRH hat es gesagt: Sie schwimmen im Geld, das belegt der angekündigte 2. Nachtrag mit einem Volumen von rd. 300 Mio. Euro.

1. und 2. Nachtrag werden also ein Volumen von 537 Mio. Euro haben - so viel Luft haben Sie im Haushalt 2015.

Die CDU-geführte Landesregierung habe Niedersachsen kaputt gespart:

Als Ihnen das mit den übernommenen Haushaltslöchern keiner im Land mehr abgenommen hat, haben Sie sich etwas anderes überlegt - um Ihre ambitionslose Finanzpolitik zu rechtsfertigen: Das war dann das Märchen, dass die CDU-geführte Landesregierung das Land kaputt gespart habe. Alles im Land sei marode, kaputt, da müsse jetzt riesig investiert werden, sonst breche alles zusammen.

Deswegen haben Sie ja, dann das Sondervermögen in Höhe von 120 Mio. Euro für die Jahre 2014 bis 2017 eingerichtet, 4 x 30 Mio. Euro. Und dann fällt sofort auf:

Unter Rot-Grün sind die Investitionen in Niedersachsen im Keller:

Die Investitionsquote ist auf historischem Tiefstand von 4,7 Prozent, bis 2019 sinkt diese Quote sogar auf 4,3 Prozent. Selbst wenn man Ihr neues Sondervermögen zweckgebundene Einnahmen noch dazu rechnet, landet man immer noch bei unter 6 Prozent.

Ich sag ihnen mal die Investitionsquoten in unserer Regierungszeit ausgesehen hat:

2003	11,9 Prozent
2004	11,8
2005	7,1
2006	7,1
2007	10,5
2008	7,5
2009	10,1
2010	9,2
2011	7,5
2012	8,5

Und Sie legen uns jetzt einen Haushalt 2016 mit einer Investitionsquote von 4,7 Prozent vor, mit eigenfinanzierten Investitionen von gerade einmal 853 Mio. Euro vor, und wollen den Menschen erklären, damit solle ein angeblicher Investitionsstau behoben werden.

Ich sage Ihnen, mit dem angeblichen Investitionsstau aus unserer Regierungszeit kann es ja nicht weit her sein, wenn Sie mit historisch niedrigen Investitionsquoten von unter 5 Prozent bis 2019 planen, dieses Land zu regieren.

Das ist schon entlarvend, von Investitionsstau reden und dann im Haushalt die Investitionen auf niedrigstem Niveau quasi einzufrieren.

Märchen: Unrealistische Haushaltsplanung der CDU-geführten Landesregierung in der Mipla 2012 bis 2016:

Was haben Sie gezetert nach der Regierungsübernahme, die Einnahmen seien völlig unrealistisch kalkuliert. Schauen wir uns Ihren Haushaltsentwurf 2016 an:

Auch dieser Haushalt 2016 ist wieder von außerordentlich günstigen Rahmenbedingungen geprägt - Herr Finanzminister Schneider - Sie haben Rekordsteuereinnahmen, ein historisch niedriges Zinsniveau, Entlastungen durch den Bund und eine Rücklage in Höhe von 550 Mio. Euro.

Sie rechnen 2016 mit rd. 23,6 Mrd. Euro, also über 500 Mio. Euro mehr als 2015 und sogar 2 Mrd. Euro mehr als 2014 und rund 470 Mio. Euro mehr, als in unserer Mipla 2012 für das Jahr 2016 eingeplant war.

Hinzu kommt ein historisch niedriges Zinsniveau: Die Zinsausgaben betragen 2016 rund 1,7 Mrd. Euro, rund 400 Mio. Euro weniger als in unserer Mipla 2012 bis 2016 für 2016 eingeplant war. Übrigens auch 200 Mio. Euro weniger als Rot-Grün 2013 in ihrer Mipla für 2016 eingeplant hatte!

Hinzu kommen erhebliche Entlastungen durch den Bund:

Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung, das ist eine Entlastung durch den Bund von rd. 100 Mio. Euro im Jahr.

Übernahme von BAFöG-Mitteln, das ist eine Entlastung des Landes von rund 80 Mio. Euro pro Jahr. Sondervermögen des Bundes für Krippenausbau, das ist eine Entlastung für Niedersachsen 2016 von rund 19 Mio. Euro. Und dann haben Sie im Haushaltsentwurf 2016 auch noch eine geerbte Rücklage in Höhe von rund 550 Mio. Euro:

Rot-Grün hat eine unglaublich komfortable Haushaltssituation. Ihnen steht das Geld bis zum Hals, hat der Präsident des Landesrechnungshofs ja völlig zurecht im Mai dieses Jahres festgestellt. Sie haben hier einfach Glück. Ich mag mir gar nicht ausmalen, wie das hier in Niedersachsen aussähe, wenn dem Finanzminister nicht die Steuereinnahmen nur so reinschwemmen würden. - Ein Haushalt und besten Rahmenbedingungen. Sie machen nichts daraus!

Während andere Bundesländer sich fit machen für die Zukunft und zentrale Herausforderungen angehen, ist bei Ihnen Stillstand. Ich habe mir mal die Stellen markiert in den EPs, wo sie etwas ändern, eine neue Idee haben. Da ist allerdings Fehlanzeige. Außer, dass sie dem NIW das Geld streichen wollen, bei der Wirtschaftsförderung und beim Straßenbau die Gelder zusammenstreichen.

Kein erhöhter Ansatz für den Krankenhausbau und die Modernisierung. Nur mühsam füllen Sie die Gegenfinanzierung zum Strukturfond auf. Kein eigener Beitrag zur Stärkung der

Krankenhauslandschaft in Niedersachsen. Die Mittel für den Strukturfond (47 Mio. Euro.) wollen Sie „hebeln" auf 400 Mio. Das ist nichts anderes als ein Schattenhaushalt, eine wundersame Geldvermehrung oder ein Taschenspielertrick.

Ihr Staatssekretär macht Regionalgespräche - hat aber kein Geld. Das ist Känguru-Politik: Große Sprünge mit leerem Beutel.

Zum Wohnungsbau: Das Sozialministerium fordert eine Verdopplung der Bundesmittel und leitet nur knapp 40 Mio. Euro durch. 400 Mio. Euro sind ein Darlehen der NBank.

Zur s.g. Bildungsoffensive: Das wurde von Rot/Grün als das Projekt angekündigt. Der Kultushaushalt soll in 2016 gerade einmal um 93 Mio. Euro steigen. Das sind gerade einmal 1,6 Prozent und deckt im Wesentlichen die Personalkostensteigerungen aus Tarif und Besoldung ab

Wo sind Ihre großen Akzente? Bei einem 5,5 Mrd. Euro-Haushalt können Sie mit 93 Mio. Euro keine großen Sprünge machen, zumal Sie allein durch die Klatsche beim OVG Lüneburg in Sachen Gymnasiallehrerarbeitszeit 2016 740 Stellen das ganze Jahr finanzieren müssen!

Ihre sogenannte Bildungsoffensive ist vor allem eines: Autosuggestion. Sie malen sich das alles schön und anschließend reden sie es sich durch ständiges Wiederholen ein und glauben es womöglich selbst. Bei den Menschen in Niedersachsen verfängt Ihre Autosuggestion aber überhaupt nicht: Die letzte NDR-Umfrage im Juli diesen Jahres belegt das eindrucksvoll. 60 Prozent der Niedersachsen sind mit der rot-grünen Bildungspolitik unzufrieden, das ist schon richtig schlecht. Das muss Sie umtreiben!

Sie wollen trotzdem weiter neue Schulden machen, 480 Mio. Euro im nächsten Jahr und bis 2020 sogar insgesamt 1,2 Mrd. Euro neue Schulden, das ist völlig unambitioniert. Das ist Ihre Politik des max. Schuldenmachens. Dabei könnten Sie die schwarze Null erreichen.

Auf der anderen Seite haben Sie eine historisch niedrige Investitionsquote von nur noch 4,7 Prozent in 2016 - und das soll auch bis 2019 nicht besser werden. Nur noch 1,3 Mrd. Euro Investitionen im Haushalt 2016, wenn man Ihr neues Zweckvermögen hinzurechnet auch nur 1,7 Mrd. Euro. Im Durchschnitt planen Sie bis 2019 mit Investitionen von noch nicht einmal 1,7 Mrd. Euro pro Jahr. In zehn Jahren der CDU-geführten Landesregierung von 2003 bis 2012 hatten wir im Durchschnitt Investitionen von über 2,1 Mrd. Euro pro Jahr, das sind 400 Mio. Euro mehr pro Jahr, also 24 Prozent mehr.

Sie modernisieren nicht, Sie investieren nicht, Sie konsumieren. Wo ist Ihre Vorsorge für die Zukunft? Wo sind Ihre richtungsweisenden Weichenstellungen für die Zukunft?

Wo sind die Ergebnisse ihrer groß angekündigten Aufgabenkritik? 2013 haben Sie nach der Regierungsübernahme eine umfassende Aufgabenanalyse angekündigt. Ich zitiere aus der rot-grünen Mipla 2013 bis 2017. Auf Seite 4 heißt es hier:

„Eine notwendige Voraussetzung .... ist eine restriktive Haushaltsplanung - und -bewirtschaftung. Damit ist es aber nicht getan: Wir müssen auch untersuchen, welche Aufgaben das Land in Zukunft noch leisten kann und muss. Wir werden deshalb eine Aufgabenanalyse vornehmen, die bereits Entlastungen im Haushalt 2015 ermöglichen soll. Ein entsprechendes Projekt ist auf den Weg gebracht. Wir werden uns unter anderem der Tatsachse stellen müssen, dass sich sowohl die Zahl als auch die Altersstruktur der Bevölkerung in naher Zukunft erheblich ändern wird. Dieser

Umstand kann nicht ohne Auswirkungen auf Verwaltungsstrukturen und -abläufe bleiben."

Sie haben Lenkungskreise eingerichtet, Projektgruppen mit 130 Beschäftigten und herausgekommen ist bis jetzt offenbar gar nahezu nichts. Nahezu Null! Nahezu Fehlanzeige!

Das einzige, was sie hinbekommen haben, ist ein Beschluss, dass Sie bis 2018 806 Vollzeiteinheiten in drei Raten à 269 Stellen abbauen. Das sind gerade mal 0,6 Prozent des Personalkörpers des Landes bis 2018. Dieses „Mini-Programmchen" hat noch nicht einmal eine eigene Bezeichnung. Sie haben sich wahrscheinlich nicht getraut, so etwas als Zielvereinbarung IV zu bezeichnen.

Ich sage Ihnen aber auch, was Sie hingekriegt haben: Sie haben die Staatskanzlei und die Ministerien mit Personal aufgepumpt. 2016 sollen 272 Vollzeiteinheiten mehr in der Staatskanzlei und den Ministerien arbeiten als 2012 unter CDU und FDP tatsächlich in der Staatskanzlei und den Ministerien gearbeitet haben. 272 Vollzeiteinheiten mehr in 2016 gegenüber dem IST-2012, das ist ein Anstieg um über 10 Prozent, 10 Prozent mehr Personal in der Staatskanzlei und nur 0,6 Prozent weniger bis 2018 in der gesamten Landesverwaltung. Das ist Ihr peinliches Zwischenergebnis nach 2 Jahren Aufgabenanalyse. Erst aufpumpen, dann Luft ablassen - und das als große Leistungen feiern. Wissen Sie, was das ist. Das ist eine Politik der leeren Brötchentüte. Wenn man Sie aufbläst und draufhaut, gibt es einen großen Knall und dann ist alles vorbei.

Ich komme zu den Kürzungen: beim Kommunalen Straßenbau sind 2016 nur noch rund 49 Mio. Euro vorgesehen, bei uns waren es 73 Mio. Euro, sogar 7 Mio. Euro weniger als in Ihrer letztjährigen Mipla. Für die Landesstraßenbauplafond sinkt auf nur 60 Mio. Euro, was haben Sie hier in Oppositionszeiten gezetert, wie schlimm die Landesstraßen seien, die SPD hat 100 Mio. Euro gefordert - und jetzt kommt nichts! Die Wirtschaftsförderfonds haben sie wieder rasiert, nur noch 32 Mio. Euro, das sind 4 Mio. Euro weniger als 2015, das waren mal 52 Mio. Euro. Massive Kürzungen bei der Landwirtschaftskammer: Den Zuschuss für die Landwirtschaftskammer kürzen Sie gegenüber 2015 um über 6 Mio. Euro, das ist eine Kürzung um rund 9 Prozent. Sie setzen damit Ihren Feldzug gegen die Landwirtschaftskammer fort.

Kürzungen beim NIW: Mit Rot-Grün verliert Niedersachsen im Wettbewerb der Länder. Sie haben die Zukunftschancen nicht im Blick: Kaum Geld für den Breitbandausbau, Wirtschaftsförderfond, Straßenbau, NIW, Werftenförderung, E-Mobilität. Keine Ansätze bzw. hier kürzen Sie für ihre Rot-Grünen Projekte.

Dazu die historische niedrigste Investitionsquote mit 4,7 Prozent - aber mit 13,4 Mrd. Euro die höchsten Personalkosten in der Geschichte Niedersachsens.

Polizei:

Im Juni hatten die SPD-Abgeordneten Tonne und Watermann zu einer Polizeifachtagung nach Bückeburg eingeladen. Was sie dort zu hören bekamen, hätte eigentlich die Alarmglocken schrillen lassen müssen.

Ich zitiere aus der Schaumburg-Lippischen Landeszeitung vom 9.6.2015:

„Wie die Belastungssituation eines örtlichen Polizeikommissariats aussieht, schilderte der Leiter der Polizei Rinteln, Wilfried Korte. (...) Insgesamt schiebe seine Dienststelle 4400 Überstunden vor sich her, so Korte: „Die Jahresarbeitszeit von zweieinhalb Beamten." (...) Kortes klare Worte: „Ich habe keinen Bock, dass meine Kollegen verbrannt werden." Die Antwort des

Landespolizeidirektors: „Du hast in jedem einzelnen Punkt recht." Und: „Ich kann in keinem Punkt eine Lösung anbieten."

Ratlosigkeit und schlichtes Nichtstun sind ein denkbar schlechtes Signal, Herr Innenminister. Sie haben als oberster Dienstherr schließlich eine besondere Fürsorgepflicht für Ihre Polizeibeamten! Leider findet sich auch im Haushaltsplanentwurf nichts, was Hoffnung machen könnte. Ernüchternd ist zudem, was zum Personalbedarf der Polizei in der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage ausgeführt wird:

„Derzeit gibt es keine Pläne oder Überlegungen, den Personalkörper der Polizei Niedersachsen zu erhöhen oder zu reduzieren. Die derzeitige Personalstärke wird als angemessen betrachtet, den polizeilichen Aufgaben zukunftsorientiert, zielgerichtet und erfolgreich zu begegnen."

Man kann daraus nur einen Schluss ziehen: Bei Rot-Grün hat die Innere Sicherheit offenbar keine Priorität.

Dieser Haushalt ist ambitionslos, Ihnen fehlt die Kraft zur Gestaltung, sie setzen keine Schwerpunkte, Sie treffen keine Vorsorge für die Zukunft. Wir werden in diesen Haushaltsberatungen Alternativen aufzeigen, zeigen, wie es besser geht! Die Niedersachsen haben eine bessere Regierung verdient! Sie verwalten das Land: Niedersachsen ist wie Hannover 96: Nie richtig schlecht, nie richtig gut, immer so in der Mitte. - So ist auch Ihr Anspruch, eben Mittelmaß.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die letzten Wochen und Monate haben deutlich gemacht: Wir stehen vor einer außergewöhnlichen Herausforderung in der Flüchtlingspolitik. Die Aufnahme von voraussichtlich einer Million Menschen allein in diesem Jahr erfordert einen nationalen Kraftakt. Bund und Europa müssen daher schnellstmöglich langfristige Lösungen finden. In der aktuellen Situation mit völlig überfüllten Aufnahmeeinrichtungen und Kommunen am Rande ihrer Belastungsgrenze sind jedoch vor allem die Länder gefordert.

Niedersachsen wird in diesem Jahr voraussichtlich rund 100.000 Flüchtlinge aufnehmen. Um diese Aufgabe bewältigen zu können, muss die rot-grüne Landesregierung ihre Handlungsmöglichkeiten endlich wahrnehmen. Dabei geht es nicht nur um die Aufnahme und die humane Unterbringung der Flüchtlinge, sondern langfristig um die erfolgreiche Integration derjenigen, die dauerhaft in Niedersachsen bleiben werden.

Gleichzeitig müssen wir unser Asylsystem gerade angesichts dieser Aufgabe vor Überlastung bewahren. Das Asylrecht ist nicht das richtige Instrument für eine gesteuerte Zuwanderung. Die Gründe für die aktuellen Flüchtlingsbewegungen in der Welt sind komplex - Deutschland allein wird diese Probleme nicht lösen können.

Gerade weil momentan so viele Verfolgte und Vertriebene zu uns kommen, die unsere Hilfe brauchen, müssen wir dafür sorgen, dass unser Asylsystem diesen Menschen auch tatsächlich zugute kommt. Zu einer verantwortungsvollen Asylpolitik gehört deshalb die konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber, die primär aus wirtschaftlichen Gründen zu uns gekommen sind. Um eine erfolgreiche Integration zu gewährleisten, müssen wir aber auch zu deutlich geringeren Zugangszahlen kommen.

Björn Thümler, Fraktionsvorsitzender

CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Stand: September 2015

Dieser Flyer wird ständig überarbeitet. Die aktuelle Fassung können Sie jederzeit auf unserer Internetseite abrufen:
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de/themen/fluechtlingskrise-in-niedersachsen/

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

Tel.: 0511 – 3030 4103 (Fraktionssekretariat)
Fax: 0511 – 30 61 92
Mail: info@cdu-fraktion-niedersachsen.de

www.cdu-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds

CDU FRAKTION im Niedersächsischen Landtag

Asylpolitik: Das muss in Niedersachsen passieren!

Forderungen der CDU-Landtagsfraktion

Forderungen an die rot-grüne Landesregierung:

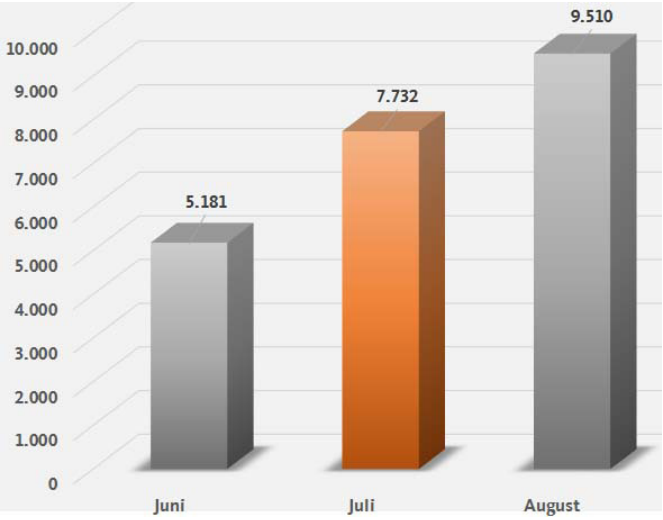
Aufnahme und Unterbringung gewährleisten

- Um die dramatische Flüchtlingssituation zu bewältigen, muss die Landesregierung einen **ressortübergreifenden Stab** einsetzen, der die notwendigen Maßnahmen in den einzelnen Bereichen koordiniert.

- Damit die **menschenwürdige Unterbringung** aller in Niedersachsen aufgenommenen Flüchtlinge gewährleitet werden kann, müssen ausreichend Kapazitäten in Aufnahmeeinrichtungen des Landes geschaffen werden.

- Bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung müssen im Zuge des Registrierungsverfahrens bei allen ankommenden Asylbewerbern **Gesundheitsuntersuchungen** durchgeführt werden, um die Verbreitung von Infektionskrankheiten zu verhindern. Darüber hinaus muss ein landesweites Impfkonzept entwickelt werden.

Anzahl der Asylsuchenden, die in den Monaten Juni, Juli, und August 2015 nach Niedersachsengekommen sind:



Quelle: Niedersächsisches Innenministerium

- Das Land muss seinen Teil zur dringend notwendigen **Beschleunigung der Asylverfahren** beitragen – dazu gehört die Abordnung von Personal aus anderen Landesbehörden in die Erstaufnahmereinrichtungen, um die Registrierung durch das Land zu beschleunigen. Nicht nur das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), auch die Landesaufnahmebehörde ist derzeit ein Flaschenhals!

- Die **Kommunen** tragen im Hinblick auf Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge die Hauptlast – sie müssen bei dieser Aufgabe in finanzieller Hinsicht dauerhaft und in ausreichendem Umfang vom Land unterstützt werden.

Integration ermöglichen

- Um die erfolgreiche Integration von Asylbewerbern zu gewährleisten, braucht Niedersachsen ein eigenes **Landesintegrationsgesetz nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“**.

- Sprache ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration – in einem Sonderprogramm „Schule“ müssen deshalb für Flüchtlingskinder an niedersächsischen Schulen konsequent **Sprachlernklassen** eingerichtet und dafür in ausreichendem Maße zusätzliche Lehrerstunden zur Verfügung gestellt werden.

- Zudem muss es **Lehrkräften und Kursleitern** sowohl in den Schulen als auch in der Erwachsenenbildung bis auf Weiteres ermöglicht werden, Flüchtlingen Deutschunterricht auch ohne sofortigen Nachweis einer formalen Qualifikation für „Deutsch als Fremdsprache“ zu erteilen.

- Das **Wohnraumförderprogramm** des Landes muss umgehend um ein Darlehensprogramm für den Erwerb, den Bau und die Modernisierung von Wohnraum für bleibeberechtigte Flüchtlinge ergänzt werden.

- Damit Asylberechtigte in Niedersachsen so schnell wie möglich ein unabhängiges Leben führen können, muss die **Qualifizierung und Vermittlung in den Arbeitsmarkt** zügig beginnen.

- Um die Einwanderung nach Niedersachsen künftig sinnvoll steuern und begrenzen zu können, muss das gültige Aufenthaltsgesetz zu einem nachvollziehbaren und verständlichen **Einwanderungsgesetz** weiterentwickelt werden, das die Erfordernisse des Arbeitsmarktes und die Qualifikationen des Bewerbers in den Mittelpunkt stellt.

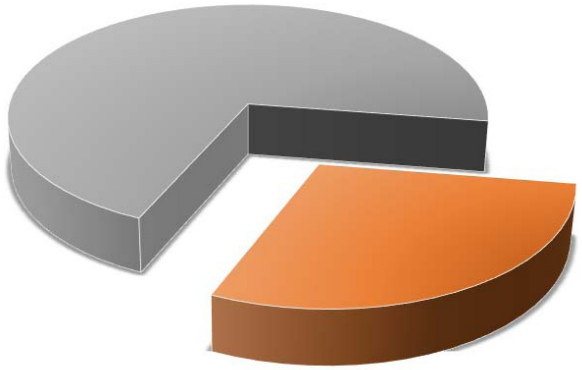
Asylsystem gezielt entlasten

- Rot-Grün hat inzwischen eingeräumt, dass ihre Abschiebepraxis in Niedersachsen gescheitert ist. Die CDU hat sich mit der Forderung nach einer Überarbeitung des Rückführungserlasses durchgesetzt. Die Landesregierung muss jetzt für **praxisgerechte Rückführungsbestimmungen** sorgen, die sich an den Forderungen der Kommunen orientieren.

- Alle Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive müssen für die gesamte Dauer ihres Asylverfahrens in den Landeseinrichtungen untergebracht werden und dürfen **nicht auf die Kommunen verteilt** werden.

- Die Landesregierung muss ihre Blockadehaltung im Bundesrat hinsichtlich der Einstufung aller Staaten des Balkans als **sichere Herkunftsländer** endlich aufgeben.

Zahl der vom Land auf die Kommunen verteilten Asylbewerber (Juni bis August 2015): 12.630



davon Personen aus Staaten des Westbalkans: 5.226 (41,3%)

Quelle: Niedersächsisches Innenministerium